Klingenstadt

Deutsche Kommunistische Partei DKP

Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Solingen ★ Mai/Juni 2020

Corona lehrt uns: Die Demontage des Gesundheitswesens ist sofort zu stoppen!

Seit Helmut Kohl wurde und wird das ehemals vorwiegend öffentlich-rechtliche Gesundheitswesen Zug um Zug demontiert. Alles wurde den kapitalistischen Marktgesetzen unterworfen, die totale Ökonomisierung hielt Einzug. So wurden Betten reduziert, Beschäftigte „abgebaut“, weil zu teuer, Leistungen und Angebote gekürzt und verkleinert. Immer mehr Krankenhäuser wurden privatisiert, kommunale Einrichtungen geschlossen. Eine private Klinik muss, wie in der Presse berichtet wurde, 15 % Profit hergeben. So wollen es die Gesundheitskonzerne, ihre Aktionäre. Daran ist uns Gesundheitswesen erkrankt. Die Folgen sind heute sichtbar. Nicht nur in Italien und Spanien, sondern auch bei uns.

Das kommunale Klinikum Solingen ist ein trauriges Beispiel für die verfehlte Gesundheitspolitik. Dabei ist es ein leistungsfähiges Haus mit großem Ansehen in der Stadt, mit Beschäftigten, die mit Herzblut für die Patientinnen und Patienten da sind. Statt aber mit öffentlichen Zuschüssen, die zu leisten das Land eigentlich verpflichtet ist, zu helfen, lässt man es langsam aushungern. Notwendige Investitionen werden nicht getätigt.

Ein Sofortzuschuss in überschaubarer Höhe wird vom Land nicht gegeben. Solingen sei „überversorgt“. Dahinter steckt die „NRW-Krankenhausreform“, die die CDU/FDP-Koalition betreibt. Sie sind die Handlanger der Gesundheitskonzerne und haben sich die Bertelsmann-Stiftung als Ideengeber ausgesucht. Es sollen bundesweit insgesamt ca. 1000 Krankenhäuser verschwinden, andere nur noch für die dringenden Notfälle eingerichtet sein. Für das Solinger Klinikum hieße das abspecken, einige Leistungen und Abteilungen wird es zukünftig nicht mehr geben. Kranke Menschen, die diese brauchen, müssen ein „Schwerpunktkrankenhaus“ aufsuchen, teilweise weit entfernt.

Aber das ist doch krank. Die Virus-Katastrophe mahnt uns: wir brauchen mehr nicht weniger Gesundheitseinrichtungen. Solche, die dicht bei den Menschen sind. Umdenken und Umsteuern ist nötig. Es ist zu hoffen, dass sich die dafür notwendigen Kräfte in der Stadtspitze und der lokalen Gesundheitspolitik finden.

Die DKP Solingen fordert:

- ***Erhalt des Klinikums als Komplett-Versorger in öffentlicher Hand,***
- ***Rückgängig machen der bisherigen Auslagerungen von Abteilungen,***

Beschäftigte wehren sich gegen Auslagerungen

- ***Umkehr der bisherigen Gesundheitspolitik, weg vom Zwang zur Ökonomisierung,***
- ***Ausreichende Zuschüsse von Land und Bund,***
- ***Volle Kostendeckung aller Behandlungen durch die Krankenkassen,***
- ***Sonderzuschüsse, damit notwendige Investitionen getätigt werden können.***

Geld ist genug da in unserem reichen Land. Bei den Riesenvermögen der Millionäre und Milliardäre, bei den Banken und Konzernen, die im Geld schwimmen und auch in Zeiten der Krise große Dividenden ausschütten werden.

Abrüstung, weniger Militär, statt neuer Kriegsschiffe und Bombenflugzeuge, Geld für die Gesundheitssicherung der Bevölkerung und die vielen anderen notwendigen sozialen Maßnahmen.

Wir sind solidarisch mit allen Klinik-Beschäftigten, die für uns nicht nur in diesen Monaten Höchstleistungen erbringen, aber große Sorgen um ihre berufliche Zukunft und die finanzielle Absicherung ihrer Familien haben müssen. Wer systemrelevant ist, muss auch entsprechend bezahlt werden!

Krankenhäuser sind für die Heilung der Menschen da und nicht als Profitbringer für Aktionäre!

Internationale Solidarität auf der Tagesordnung: Kriege beenden und Sanktionen aufheben!

In diesem Frühjahr wird die Menschheit durch eine schwere gesundheitliche Krise bedroht. Weltweit sind Hunderttausende von Menschen durch das neuartige Corona-Virus erkrankt, viele starben bereits. In diesen Zeiten wird es deutlicher denn je, wie wichtig der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit aller Völker sind.

Chancen für eine neue friedliche Koexistenz nutzen

Die Wahrheit ist leider eine andere. Weiterhin finden erbarmungslose Kriege statt, wie z. B. in Syrien, in afrikanischen Ländern und Gebieten des Nahen und Mittleren Ostens. Die Rüstungsausgaben in Deutschland steigen, denn unvermindert wird daran festgehalten, zukünftig zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben. Aktuell wird die Anschaffung von 90 neuen Eurofightern und 45 F18-Bombern für die Bundeswehr vorbereitet. Und auch die Rüstungsexporte gehen unvermindert weiter. Aus einer Anfrage der LINKEN geht hervor, dass der Wert der erlaubten Lieferungen von Januar bis März 2020 bei 1,16 Milliarden Euro lag und damit 45 Millionen Euro höher war als im ersten Quartal 2019. Deutlich gestiegen ist danach der Anteil der besonders heiklen Exporte an sogenannte Drittstaaten, die nicht der EU oder der NATO angehören, ganz konkret vor allem nach Ägypten. Statt Hilfen gegen Corona liefert Deutschland also Waffen für laufende und zukünftige Kriege. Zynischer geht es kaum!

Die Welt benötigt dringend eine friedliche Koexistenz in dieser Zeit, um Ressourcen frei zu machen. Der UN-Generalsekretär Gueterres ruft zu einem sofortigen weltweiten Waffenstillstand auf, um der Krise zu begegnen. Auch wir Kommunistinnen und Kommunisten sind der Meinung, dass wir uns ein Gegeneinander, eine weitere Aufrüstungsspirale nicht mehr leisten können und dürfen. Deshalb:

Sofortiger Stopp aller Rüstungsausgaben, Verbot von Rüstungsexporten, Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr – Für Gesundheit und soziale Absicherung in der Krise!

Weltweiten freien Austausch von Hilfslieferungen ermöglichen

Auf dem internationalen Markt ist inzwischen ein erbarmungsloser Wirtschaftskrieg um medizinische Materialien und Ausrüstungen entbrannt. Vor allem die USA setzen alle Mittel ein, um sich die Materialien anzueignen, wie z B. die Beschlagnahme von 200.000 Schutzmasken in Bangkok, die vom Land Berlin in der VR China gekauft worden waren. Frankreich und Kanada berichten von ähnlichen Vorfällen. Gleichzeitig werden Hilfslieferungen nach Cuba durch Interventionen der USA verhindert. Und nun verkündet der amerikanische Präsident auch noch die Einstellung der Zahlungen an die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Wer sich so verhält, gehört vor dem Internationalen Menschenrechtsgerichtshof angeklagt, denn Sanktionen, Boykotte und Blockaden töten Menschen!

Am 27.März haben sich in einem gemeinsamen Brief acht Staaten, die durch einseitige Zwangsmaßnahmen der USA behindert werden, an den Generalsekretär der UNO gewandt. Die Ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen der Volksrepublik China, der Republik Cuba, der Demokratischen Volksrepublik Korea, der Islamischen Republik Iran, der Republik Nicaragua, der Russischen Föderation, der Arabischen Republik Syrien und der Bolivarischen Republik Venezuela hatten auf die durch COVID-19 verursachte Pandemie hingewiesen und die Aufhebung der Sanktionen verlangt. Inzwischen haben sich weitere Staaten dieser Forderung angeschlossen. Mittlerweile hat auch der UNO-Generalsekretär die Sanktionen scharf verurteilt und in einem Brief an die G20-Staaten die sofortige Aussetzung verlangt.

Wir sehen in dieser Krise, dass Abschottungen und Nationalismus keine Lösungen bieten, sondern nur Zusammenarbeit und Abbau von Feindseligkeiten. Es gibt Chancen für einen Einstieg in eine neue Entspannungspolitik. Der Einsatz von Ärzten und Pflegekräften aus China, Cuba und Russland in Oberitalien zeigt, was die Lösung sein kann. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat inzwischen eine Petition an den Bundestag gestartet:

Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung:

Alle Sanktionen aufzuheben, die den weltweiten Austausch von Medizingeräten, Gesundheitsprodukten, Medikamenten, Erfahrungen und Vorgehensweisen behindern oder unmöglich machen.

DKP Solingen

Weitere Informationen:
www.dkp-solingen.de

V.i.S.d.P.: Horst Krämer,
Melanchthonstr. 5,
42653 Solingen

Die Schwächen unseres Schulsystems – am Beispiel von Corona

Ich bin Schülerin eines Solinger Gymnasiums und besuche aktuell die neunte Klasse. Seit dem 16. März haben hier in NRW die Schulen zu, was uns durch die jahrelange Unterfinanzierung und das veraltete Bildungssystem schon von Anfang an vor Probleme stellt.

Sehr bald nach der Schulschließung war klar, dass wir für die nächsten Wochen Aufgaben erhalten. Unsere Schule arbeitet mit der Lernplattform Lo-Net2, welche durch die ungewohnte Menge an darauf zugreifenden SchülerInnen für mehrere Tage ständig abstürzte. So hatten viele Lernende ihre vollständigen Aufgabenpakete erst, nachdem sie Hindernisse wie die Plattform, nicht funktionierende Drucker und ein Wirrwarr aus Dateien überwunden haben.

Schnell wurde klar, dass viele der Aufgaben scheinbar willkürlich ausgewählt wurden, was schon fast verständlich ist, da auch Lehrkräfte mit der neuen Situation konfrontiert und sicher auch teilweise überfordert waren. Statt auf situationsbezogene Projektarbeiten, kreative Aufgaben o. Ä. wurde also größtenteils auf stumpfes Wiederholen gesetzt. Hinzu kam, dass Lösungen z.B. in Mathe und Latein schon am ersten Tag bereitgestellt wurden, was den Lerneffekt noch einmal drastisch verringerte. Am Anfang waren wir froh über den nicht stattfindenden Online-Unterricht. Jetzt würden wir uns diese technische Kapazität teilweise aber sogar wünschen um einen direkten Austausch mit Lehrkräften zu haben und einen wirklichen Lernerfolg zu erzielen.

Nicht nur das ineffiziente Lernen ist ein Problem. Wir werden auch mit wachsender Unsicherheit und Ratlosigkeit über die Zukunft konfrontiert. Die Medien verbreiten im Minutentakt neue Meldungen, es tauchen ständig neue Daten und Zahlen auf. Niemand hat mehr Durchblick. Am 4. Mai (bzw. 24. April) sollen die Schulen für die höheren Klassen wieder öffnen, noch weiß aber keiner genau, wie die Hygieneregeln in den oft maroden Gebäuden umgesetzt werden sollen. Seife, warmes Wasser, frische Handtücher, Desinfektionsmittel, all diese Hygieneartikel sind Mangelware an unseren Schulen. Und das ist keine Ausnahme, sondern der Alltag.

Viele Lernende fühlen sich momentan allein gelassen. Sie verzichten weitestgehend auf soziale Kontakte, sollen sich bald aber wieder unnötigem Infektionsrisiko aussetzen. Wir sprechen uns daher gemeinsam mit der LandesschülerInnenvertretung NRW für gute Bildung, aber gegen verfrühte und unüberlegte Schulöffnungen aus!

Die aktuelle Krise macht deutlich, dass ein jahrelanges Kaputtsparen im Bildungssektor sowie ein ständiges – zu Unsicherheit und Zukunftsängsten bei uns SchülerInnen führendes – Konkurrenzdenken in Verbindung mit

Schülerinnen und Schüler kämpfen für ihre Rechte

erheblichem Leistungsdruck dazu geeignet sind, das ohnehin marode Bildungssystem komplett ins Wanken zu bringen. Die Entschließung der schwarz-gelben Landesregierung, die Schulen trotz eines Infektionsrisikos wieder zügig zu öffnen, um eine schnellstmögliche Integration der Abschlussklassen in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten, zeigt einmal mehr, in wessen Interesse FDP und CDU Politik betreiben: im Interesse der Konzerne!

Wir fordern daher:

- ***Weg mit dem Leistungsdruck! Für ein selbstbestimmtes Lernen und eine gute Schule für alle!***
- ***Schluss mit der Unterfinanzierung im Bildungsbereich! Keine Milliarden für Banken & Konzerne, sondern für den Ausbau und die Renovierung von Schulen!***
- ***Keine verfrühte Schulöffnung trotz Infektionsrisiko zugunsten der Konzerne!***

SDAJ Solingen: Wer wir sind und was wir wollen

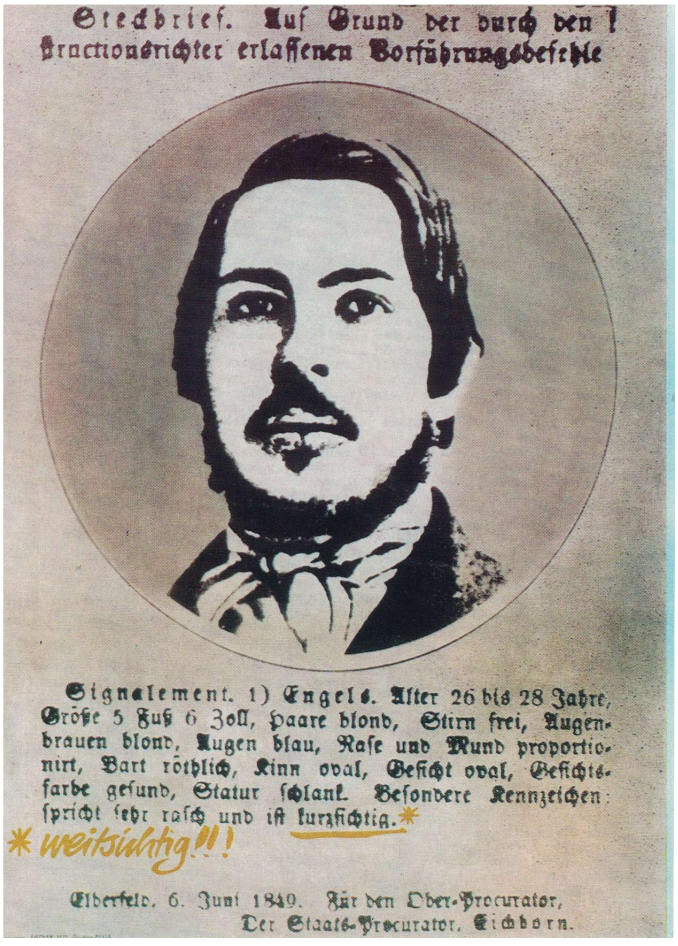
Wir sind Schüler*innen. Azubis und Studierende, junge Arbeiter*innen und organisieren uns in der SDAJ, der sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend.

Unser Ziel? Eine Welt ohne Ausbeutung, Armut und Kriege. Eine Welt, in der wir uns keine Sorgen mehr machen müssen, woher wir das Geld für Nachhilfe nehmen sollen, ob wir eine Ausbildung bekommen oder wie wir unsere Miete finanzieren sollen. Eine Welt, in der UNSER Leben zählt und nicht die Profite der Reichen.

- Warum **sozialistisch**? Weil wir meinen, dass der Kapitalismus - also die Gesellschaft in der wir leben - überwunden werden muss, um diese Ziele zu erreichen. Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Interessen der Menschen stehen, die darin leben.
- Warum **deutsch**? Herkunft und Pass spielen bei uns keine Rolle. Was uns vereint, ist die Überzeugung, dass wir uns zunächst gegen den Kapitalismus in dem Land stellen müssen, in dem wir leben: in Deutschland.
- Warum **Arbeiterjugend**? Weil wir meinen, dass diejenigen, die arbeiten in der Gesellschaft das Sagen haben sollen und nicht diejenigen, die von der Ausbeutung Anderer leben. Zur Arbeiterjugend zählen wir jedoch nicht nur diejenigen, die heute schon arbeiten, sondern auch diejenigen, die in Zukunft arbeiten werden, also Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende.

Du hast keinen Bock auf Neonazis und Kriegshetze, dafür aber auf mehr Freizeit, mehr Mitbestimmung in Schule und Betrieb, auf ein demokratisches und friedliches Miteinander?

Dann bist Du bei uns genau richtig! Lasst uns gemeinsam gegen Umweltverschmutzung, Kriege, Nazis und für unsere Rechte kämpfen! Schreib uns einfach an: **info@sdaj-solingen.com**



200 Jahre Friedrich Engels

Wir beglückwünschen unsere Nachbarstadt Wuppertal. In ihren Mauern, genauer in Barmen, wurde 1820 Friedrich Engels geboren. Seine Herkunft als Fabrikantensohn hielt ihn nicht davon ab, nachzuspüren und aufzuzeichnen, wie die „kleinen Leute“ leben. Schnell erkannte er die Verbindung des Elends der arbeitenden Menschen mit dem industriellen System, dem Kapitalismus. Er fand in Karl Marx einen Wegbegleiter und Freund, mit dem er dieses System analysierte und Alternativen dazu entwickelte. Das Thema wurde ihr Lebenswerk. Aber nicht nur die Feder war der beiden Werkzeug, nein: Wort und Tat stimmten bei ihnen überein. Und so werden sie Teil der sich bildenden Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften entstanden, Arbeiterbildungsvereine, Parteien. Von ihnen lernten sie unendlich viel und gaben vieles aus ihrem Erkenntnisschatz wieder zurück. Geben und nehmen - Solidarität.

Wer sich von Friedrich Engels inspirieren lässt und sich auf den Weg begibt, sich mit seinen Gedanken zu beschäftigen, der erkennt, wie menschenverachtend dieser Kapitalismus und wie wichtig die Solidarität der arbeitenden Menschen ist.

Also: Besucht mal wieder das Engelshaus in Wuppertal und schaut mal rein in ein Büchlein von Engels und seinem Freund Karl Marx.

Die Mär von den terroristischen Einzeltätern

Schenkt man den Äußerungen von Polizei, Justiz und etablierter Politik Glauben, existieren in der Bundesrepublik Deutschland keinerlei terroristische Strukturen und Organisationen von Nazis und Rassisten. Nur einige wenige Einzeltäterinnen und -täter sollen quer durch das Land unterwegs sein und hin und wieder, hier und da ein paar Anschläge verüben, gerichtet wahlweise gegen Migrantinnen und Migranten oder politische Gegnerinnen und Gegner der erstarkenden Naziszene. Auch bei den Morden von Hanau, bei denen neun Menschen ermordet wurden, präsentiert sich eine der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Katrin Leikert, die ihren Wahlkreis in Hanau hat, mit den üblichen, kaum noch zu ertragenden Spekulationen. Es könnte sich um einen „verwirrten Einzeltäter", um einen rechtsradikalen oder eben auch – man weiß es ja nicht – linksradikalen Täter gehandelt haben. Alles, und sei es auch das Dümmste, muss erst einmal geäußert werden, bis das, was auf der Hand liegt, benannt und anerkannt wird.

Im Februar dieses Jahres sind zwölf Nazis aus allen Landesteilen verhaftet worden, die als „harter Kern" mit Anschlägen unter anderem auf Moscheen einen Bürgerkrieg im Lande entfachen wollten. Neben diversen Waffen sollen auch selbstgebaute Handgranaten gefunden worden sein. Die Generalstaatsanwaltschaft geht nach dem derzeitigem Stand der Ermittlungen davon aus, dass sich fünf Personen im September 2019 zu einer rechtsterroristischen Vereinigung zusammengeschlossen haben", die sich selbst offenbar den Namen „Der harte Kern" gegeben hat. Ziel der Vereinigung, so der Verdacht der Anklagebehörde sei gewesen, „die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu erschüttern und letztlich zu überwinden". Zu diesem Zweck sollten durch angeblich „bislang noch nicht näher konkretisierte Anschläge auf Politiker, Asylsuchende und Personen muslimischen Glaubens bürgerkriegsähnliche Zustände herbeigeführt werden".

Eine Auswahl der Neonazi-Angriffe der letzten Zeit:

- Anfang Oktober 2018 wird die rechtsterroristische Gruppe „Revolution Chemnitz" ausgehoben.
- Am 2. Juni 2019 wird der CDU-Regierungspräsident Walter Lübcke in Kassel mit einem Kopfschuss auf seiner Terrasse ermordet.
- Ebenfalls im Juni 2019 werden bei einer Durchsuchung bei dem ehemaligen Polizeibeamten Marko G. in Mecklenburg-Vorpommern eine Maschinenpistole des Typs Uzi mit über 25.000 Schuss Munition und Übungshandgranaten der Bundeswehr sichergestellt: G. ist einer der Köpfe und Chatadministrator der Preppergruppe «Nordkreuz».
- Am 9. Oktober 2019 versucht ein Attentäter mit selbstgebauten Waffen ein Massaker in der Synagoge in Halle anzurichten und tötet 2 zufällige Opfer.
- In der Silvesternacht schießt ein CDU-Kommunalpolitiker in Köln-Porz auf einen jungen Migranten und verletzt ihn schwer. Tagelang wird der Täter von den Behörden geheim gehalten; ein Haftbefehl wird nicht erlassen.
- Mitte Januar werden Schüsse auf das Wahlkreisbüro des schwarzen SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby abgegeben.

https://www.zdf.de/nachrichten/politik/mutmasslich-rechter-terror-deutschland-festnahmen-100.html

Die acht mutmaßlichen Unterstützer sollen ihrerseits zugesagt haben, die Vereinigung finanziell zu unterstützen, Waffen zu beschaffen oder an zukünftigen Anschlägen mitzuwirken. Alle Beschuldigten sitzen mittlerweile in Untersuchungshaft.

Verein Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen

Diese Zunahme von Gewalttaten faschistischer Personen und Organisationen und nicht zuletzt der Brandanschlag auf die Familie Genç vor über 25 Jahren sollte uns in Solingen gelehrt haben, wie wichtig es ist, jeden Tag gegen rechtes Gedankengut anzugehen und aufzuzeigen, welche Konsequenzen Rassismus und Faschismus haben. Daher war die Gründung des Vereins „Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen" am 18. September 2019 ein besonders wichtiges Zeichen.

Ziel des Vereins ist es, insbesondere die Erinnerung an die Arbeiterbewegung Solingens vor und während der Zeit des Nationalsozialismus, die Auseinandersetzung mit Verfolgung und verschiedenen Formen des Widerstands während der NS-Zeit sowie die Erinnerung an die Solinger Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust wachzuhalten. Denn nur wer die Gefahren kennt kann dafür Sorge tragen, dass sich so etwas niemals wiederholt.

Initiiert wurde der Verein durch den Arbeitskreis „Verfolgung und Widerstand in Solingen 1933-1945". Dieser Arbeitskreis bildete sich 2018 auf Initiative der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in Solingen mit dem Ziel, eine Ausstellung über Verfolgung und Widerstand in unserer Stadt während der NS-Zeit zu konzipieren und im Zentrum für verfolgte Künste im Kunstmuseum Solingen zu zeigen.

8. Mai 1945: Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg

Vor 75 Jahren wurden wir und ganz Europa von den Verbrechen des deutschen Faschismus durch die alliierten Streitkräfte, unter ihnen die Rote Armee, befreit. Nie wieder! Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus und Krieg! So war es auf den Resten der zerbombten Häuser und Fabriken zu lesen. Dieser Krieg, ausgelöst von deutschen Faschisten, hat mehr als 60 Millionen Menschen das Leben geraubt – getötet im Krieg, gequält in den Gestapokellern verhungert in den Konzentrationslagern, oder vergast und verbrannt.

Der 8. Mai 1945 war nicht der Zusammenbruch des Faschismus, nicht der Tag der Kapitulation, er war für die geschundenen Menschen in ganz Europa der Tag der Befreiung. Daher wurde er auch in vielen Ländern zum Feiertag erklärt, im Gedenken an die Opfer, an die mutigen Frauen und Männer des Widerstandes in Deutschland, in der Emigration, als Teil von Partisanenverbänden. Der 8. Mai auch als Mahnung für die Zukunft. In unserem Land wurde erstmals durch die Rede des Bundespräsidenten von Weizäcker, der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung Deutschlands auch von offizieller Seite anerkannt. Am 17. April 1945 wurde Solingen durch die US-Army befreit. Noch am 13. April 1945 richtete die Gestapo 71 zumeist politische Häftlinge am Wenzelnberg hin. Ein grausames Massaker an einem der letzten Tage des Krieges. Die Täter waren bekannt.

Das Verbrechen ist, wie viele andere Verbrechen auch, ungesühnt geblieben, aber der Opfer wurde in jedem Jahr gedacht. Nur in diesem Jahr konnte wegen der Corona Pandemie die Gedenkfeier nicht stattfinden. Aber die Opfer wurden nicht vergessen. Wenige Menschen mit dem gebührenden Abstand legten in stillem Gedenken Kränze nieder (siehe Fotos von der Kranzniederlegung der DKP Solingen und der VVN/BdA).

Beim Einmarsch der Amerikaner am 17. April 1945 lag die Innenstadt von Solingen in Trümmern. In Solingen-Wald versuchten noch fanatische Nazi-Trupps beim Anrollen amerikanischer Panzer mit Waffengewalt das Ende des Krieges hinauszuzögern. Dabei erschossen sie Frau Dornbusch, eine junge Mutter. Nur der Widerstandsgruppe um den Kommunisten Karl Bennert ist es zu verdanken, dass diesem Stadtteil weiteres Blutvergießen und Zerstörung erspart worden ist. Aber die Innenstadt von Werwolf bis Kronprinzenstraße – ein Trümmerfeld. Tausende von Toten in unserer Stadt und noch mehr Verletzte. Der Krieg, den die deutschen Faschisten begonnen hatten, war nach Deutschland zurückgekehrt, auch in unsere Stadt.

Wir fordern:

Der 8. Mai muss gesetzlicher Feiertag werden!

Ausstellung „...und laut zu sagen: Nein“

Der geplante Ausstellungsbeginn der Ausstellung **„...und laut zu sagen: Nein“** im Zentrum für verfolgte Künste in Solingen am 7. Mai 2020, dem 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, wird leider auf Grund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das nächste Frühjahr verschoben. Ein besonderer Schwerpunkt der Ausstellung werden Führungen für Schulen sein, damit gerade die jungen Menschen sehen können, welche Auswirkungen Rassismus und Faschismus haben.

Bis zur Eröffnung im Frühjahr 2021 wird auf der Homepage des Vereins „Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen“ regelmäßig informiert und wöchentlich unter dem Hashtag #closedbutopen kleine Einblicke in unsere Ausstellung "... und laut zu sagen: Nein" gegeben: https://max-leven-zentrum.de

In einigen Jahren, nach dem Neubau der Stadtsparkasse Solingen, wird es im neuen Gebäude eine Bildungs- und Gedenkstätte mit eigenen Räumlichkeiten für Ausstellungen und Möglichkeiten für antifaschistische Bildungsarbeit geben. Wir beglückwünschen alle Beteiligten, die teilweise seit Jahren diesen Kampf geführt haben, zu ihrem Erfolg!